

(in der Fassung vom 10. Juli 2006 und den Änderungen vom 27. Juli und vom 14. August 2007 sowie vom 21. April, vom 22. September und vom 11. Dezember 2008, vom 24. April und vom 4. August 2009, vom 10. Mai 2010, vom 16. August 2011, vom 8. Februar und vom 17. September 2012, vom 12. April 2013, vom 31. Januar 2014, vom 29. September 2015 und der Berichtigung vom 21. Oktober 2015, der Änderung vom 8. März 2016 und der Änderung vom 18. Juli 2016, berichtigt am 21. Juli 2016, sowie der Änderung vom 28. November 2019, vom 28. Juli 2022 und vom 28. Juli 2023)

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Zweck der Bachelor-Prüfung
- § 2 Graduierung
- § 3 Regelstudienzeit
- § 4 Struktur
- § 5 Studiumumfang
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüfer
- § 8 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 8a Anerkennung von außerhalb des Hochschulsystems erbrachten Leistungen
- § 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Schutzfristen, Behinderte Studierende

II. Studienleistungen

- § 10 Berufspraktische Ausbildungen (Praktikum, Schulpraktikum) und Schlüsselqualifikationen (überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen)
- § 10a Regelmäßige Teilnahme als besondere Form der Studienleistung

III. Studienbegleitende Prüfungsleistungen

- § 11 Art der studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 11a Mündliche Online-Prüfungen und Online-Prüfungen in Textform sowie entsprechende Studienleistungen
- § 12 Anmeldung und Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungen
- § 13 Studienbegleitende Prüfungstermine
- § 14 Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 15 Vergabe von ECTS-Credits
- § 16 Lehr- und Prüfungssprachen

IV. Prüfungen und Fristen für das Ablegen der Prüfungen

A. Orientierungsprüfung

- § 17 Zweck der Orientierungsprüfung
- § 18 Inhalt, Art und Umfang der Orientierungsprüfung

B. Bachelor-Prüfung (Abschlussprüfung)

- § 19 Zweck der Bachelor-Prüfung
- § 20 Inhalt, Art und Umfang der Bachelor-Prüfung
- § 21 Teil I der Abschlussprüfung (studienbegleitende Prüfungsleistungen des Basisstudiums, Basisbereiche 1 bis 6)
- § 22 Anmeldung und Zulassung zu Teil II und Teil III der Abschlussprüfung
- § 23 Teil II der Abschlussprüfung (studienbegleitende Prüfungsleistungen und Studienleistungen des Vertiefungsstudiums)
- § 24 Teil III der Abschlussprüfung (schriftliche Abschlussarbeit)
- § 25 Bewertung der Bachelor-Prüfung, Bildung der Gesamtnote
- § 26 Zeugnis, Urkunde

C. Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

§ 27 Wiederholung von Prüfungen, Nichtbestehen der Gesamtprüfung

§ 28 Bescheinigung über Nichtbestehen der Gesamtprüfung

V. Schlussbestimmungen

§ 29 Ungültigkeit

§ 30 Rechtsmittel

§ 31 Einsicht in die Prüfungsakten

§ 32 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

Anhang

Anhang 1

Vertiefungsrichtungen

Anhang 2

Wahlpflichtfächer Vertiefungsrichtung B

Anhang 3

Wahlpflichtbereich Vertiefungsrichtungen E und F

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck der Bachelor-Prüfung

Die Bachelor-Prüfung bildet einen ersten wissenschaftlichen Hochschulabschluss im Studienfach Wirtschaftswissenschaften. Durch die Bachelor-Prüfung soll festgestellt werden, ob der/die Kandidat/Kandidatin die grundlegenden Fachkenntnisse besitzt, um die Zusammenhänge des Faches zu überblicken und ob er/sie in der Lage ist, die für einen frühen Übergang in die Berufspraxis notwendigen wirtschaftswissenschaftlichen Methoden und Erkenntnisse anzuwenden.

§ 2 Graduierung

Aufgrund der bestandenen Bachelor-Prüfung wird der akademische Grad „Bachelor of Science in Wirtschaftswissenschaften“, abgekürzt „B.Sc.“, verliehen.

§ 3 Regelstudienzeit

Die Regelstudienzeit beträgt sechs Fachsemester.

§ 4 Struktur

- (1) Das Studienfach wird als wissenschaftliches Hauptfach studiert. Der Studiengang ist interdisziplinär angelegt. Neben volkswirtschaftlichen Grundlagen werden Grundkenntnisse in Betriebswirtschaftslehre sowie überfachliche berufsfeldorientierte Schlüsselqualifikationen als integrierte Bestandteile der Lehrveranstaltungen vermittelt.
- (2) Das Studium gliedert sich in ein Basisstudium und ein Vertiefungsstudium. Im Rahmen des Basisstudiums sind unabhängig von der späteren Vertiefungsrichtung 95 ECTS-Credits zu erbringen. Alle Prüfungen werden studienbegleitend abgelegt. Alle Prüfungen werden studienbegleitend abgelegt.
- (3) Studierende der Vertiefungsrichtungen A, und D und F haben im Vertiefungsstudium die Option, ein Praxissemester zu absolvieren. Wenn diese Option gewählt wird, vermindert sich der Umfang des Wahlpflichtbereichs im Vertiefungsstudium. Der Umfang des Wahlpflichtbereichs wird in § 23 Abs. 12 geregelt.
- (4) Im flexiblen Semester der Vertiefungsrichtung F können Studierende neben der Option, ein Praxissemester zu absolvieren, auch ein Nebenfach gemäß Anlage 3 studieren.
- (5) Die studienbegleitenden Prüfungsleistungen aus dem ersten Studienjahr gemäß § 18 bilden die Orientierungsprüfung. Das dritte Studienjahr schließt mit der Bachelor-Prüfung zum Ende des sechsten Semesters ab.
- (6) Ein Auslandssemester ist erwünscht. Die während des Auslandssemesters an einer ausländischen Hochschule erbrachten Prüfungsleistungen werden gemäß § 8 Absatz 1 anerkannt.
- (7) Die Prüfungsverwaltung kann aufgrund DV-gestützter Systeme erfolgen. Studierende sind verpflichtet, regelmäßig und bei aktuellem Anlass sich über die ihr Prüfungsverhältnis betreffenden Daten und Mitteilungen innerhalb dieser Systeme zu informieren. Eventuelle Versäumnisse und sich daraus ergebende Rechtsfolgen gehen zu Lasten des/der Studierenden.

§ 5 Studienumfang

Das für den erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderliche Lehrangebot entspricht mindestens 180 ECTS-Credits.

§ 6 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Durchführung und Organisation der Bachelor-Prüfung wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Der Prüfungsausschuss wird bei der Organisation von Prüfungen vom Zentralen Prüfungsamt unterstützt. Er trifft die im Rahmen der Prüfungsverfahren erforderlichen Entscheidungen nach Maßgabe der Prüfungsordnung, soweit in dieser Prüfungsordnung oder anderen Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist. Der Prüfungsausschuss kann dem Vorsitzenden widerrieflich die Erledigung einzelner Aufgaben übertragen.

- (2) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform des Studienplans und der Prüfungsordnung.
- (3) Der Prüfungsausschuss besteht aus:
 1. drei Hochschullehrern/Hochschullehrerinnen des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften,
 2. zwei akademischen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften,
 3. zwei Studierenden des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften, mit beraten- der Stimme,
 4. dem/der Sekretär/in des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme als ständiges Mitglied.
- (4) Die Amtszeit der Mitglieder gemäß Absatz 3 Nummer 1 und 2 beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder ein Jahr. Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag des Fachbereichsrats durch die Studienkommission.
- (5) Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen/eine Vorsitzenden/Vorsitzende und einen Stellvertreter aus der Gruppe der Hochschullehrer/Hochschullehrerinnen.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.
- (7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und die Prüfer/Prüferinnen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den/die Vorsitzenden/Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (8) Für Prüfungsleistungen in den fachfremden Wahlfächern werden die erforderlichen Entscheidungen im Einvernehmen mit dem StPA und dem für das andere Fach jeweilig zuständigen Prüfungsausschuss getroffen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Zentrale Prüfungsausschuss der Universität, der zu diesem Zweck durch zwei sachkundige Mitglieder des Lehrkörpers der jeweilig zuständigen Fachbereiche, wenigstens einen/einer Hochschullehrer/Hochschullehrerin gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 LHG, erweitert wird. Diese werden entsprechend der Satzung des Zentralen Prüfungsausschusses bestellt.

§ 7 Prüfer

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer/Prüferinnen. Er kann die Bestellung dem/der Vorsitzenden übertragen.
- (2) Die Betreuung und Bewertung der Abschlussarbeit kann nur Professoren/Professorinnen, Juniorprofessoren/Juniorprofessorinnen, Hochschuldozenten/Hochschuldozentinnen oder Privatdozenten/Privatdozentinnen oder akademischen Mitarbeitern mit langjähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit, denen das Rektorat nach § 52 Absatz 1 Satz 6 LHG die Prüfungsbefugnis übertragen hat, übertragen werden.

- (3) Akademische Mitarbeiter und Lehrbeauftragte können ausnahmsweise zu Prüfern/Prüferinnen bestellt werden, wenn Hochschullehrer/Hochschullehrerinnen nicht in genügender Anzahl zur Verfügung stehen.
- (4) Die studienbegleitenden Prüfungen werden von dem/der Leiter/in der jeweiligen Lehrveranstaltung abgenommen.

§ 8 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

- (1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in demselben oder anderen Studiengängen an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule oder Berufsakademie in Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen werden auf Antrag und unter Anrechnung der nach dieser Prüfungsordnung für die betreffende Leistung vergebenen Credits anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden sollen. Kein wesentlicher Unterschied besteht, wenn Lernziele, Inhalte und Prüfungen den Anforderungen dieses Studiengangs an der Universität Konstanz weitgehend entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Eine Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die vor einer Aufnahme des Bachelorstudiums an der Universität Konstanz erworben wurden, kann nur gemeinsam mit der Zulassung beantragt werden. Spätere Anträge werden nicht mehr berücksichtigt.
- (2) Der/Die Studierende hat mit dem Antrag die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Bei Vorliegen der Voraussetzungen von Abs. 1 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Die Anerkennung der Bachelorarbeit ist jedoch nicht möglich.
- (3) Bei der Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen) und die Äquivalenzabkommen der Bundesrepublik Deutschland sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.
- (4) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ (4,0) aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis wird vorgenommen.
- (5) Entscheidungen nach Absatz 1 bis 4 trifft der StPA oder eine von ihm beauftragte Person im Zusammenwirken mit den jeweiligen Fachvertretern.

§ 8a Anerkennung von außerhalb des Hochschulsystems erbrachten Leistungen

- (1) Außerhalb des Hochschulsystems erbrachte Leistungen werden als Studien- und Prüfungsleistungen gewertet, wenn
- die dabei erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten den Studien- und Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, gleichwertig sind,
 - zum Zeitpunkt der Anrechnung die für den Hochschulzugang geltenden Voraussetzungen erfüllt sind und
 - die Institution, in der die Kenntnisse und Fähigkeiten erworben wurden, über ein Qualitätssicherungssystem verfügt.

Einschlägige berufspraktische Tätigkeiten sowie Berufsausbildungen, die vor Studienbeginn erbracht wurden, können auf schriftlichen Antrag des/der Studierenden als Äquivalenz oder Teiläquivalenz gemäß § 10 für das Praxissemester oder das 6-wöchige Praktikum anerkannt werden.

- (2) Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit ist eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Die Gleichwertigkeit ist gegeben, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied besteht. Kein wesentlicher Unterschied besteht, wenn die außerhalb des Hochschulsystems erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten den Lernzielen, Inhalten und Anforderungen der entsprechenden Leistung im Studiengang an der Universität Konstanz weitgehend entsprechen.
- (3) Ist die Gleichwertigkeit der außerhalb des Hochschulsystems erbrachten Leistungen nicht feststellbar, kann eine Einstufungsprüfung angesetzt werden.
- (4) Für die Anerkennung von außerhalb des Hochschulsystems erbrachten Leistungen gilt eine Obergrenze von insgesamt 14 ECTS-Credits. Die Entscheidung über die Anerkennung sowie über die Erforderlichkeit und Gestaltung einer Einstufungsprüfung trifft der Ständige Prüfungsausschuss oder eine von ihm beauftragte Person.

§ 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß, Schutzfristen, Behinderte Studierende

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der/die Kandidat/in einen Prüfungstermin ohne triftige Gründe versäumt oder wenn er/sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird, es sei denn, der/die Kandidat/in hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.
- (2) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des/der Kandidaten/Kandidatin oder eines von ihm/ihr überwiegend allein zu versorgenden Kindes oder pflegebedürftigen Angehörigen ist ein ärztliches Attest (unter Verwendung des entsprechenden Vordrucks des Prüfungs-

ausschusses) und in Zweifelsfällen ein Attest eines vom Prüfungsausschuss benannten Arztes vorzulegen. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

- (3) Versucht der/die Kandidat/in, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (4) Ein/e Kandidat/in, der/die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem/der jeweiligen Prüfer/in oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (5) Im Falle einer wiederholten oder besonders schwerwiegenden Täuschung kann der Prüfungsausschuss den/die Kandidaten/Kandidatin von der Wiederholungsprüfung ausschließen mit der Folge des Verlustes des Prüfungsanspruchs.
- (6) Dem/Der Kandidaten/Kandidatin ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (7) Der/Die Kandidat/in kann innerhalb einer Frist von acht Tagen verlangen, dass die Entscheidungen nach Absatz 3 und 4 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem/der Kandidaten/Kandidatin unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (8) Auf Antrag einer Kandidatin sind die Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils gültigen Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (MuSchG) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Prüfungsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.
- (9) Gleichfalls sind die Fristen für die Elternzeit nach Maßgabe des jeweils gültigen Gesetzes über die Gewährung von Elternzeit (BEEG) auf Antrag zu berücksichtigen. Der/Die Kandidat/in muss spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab er/sie die Elternzeit antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume er/sie Elternzeit in Anspruch nehmen will. Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei einem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Elternzeit nach dem BEEG auslösen würden, und teilt dem/der Kandidaten/Kandidatin das Ergebnis sowie ggf. die neu festgesetzten Prüfungsfristen unverzüglich mit. Die Bearbeitungsfrist der schriftlichen Arbeit der Bachelor-Prüfung kann nicht durch die Elternzeit unterbrochen werden. Die gestellte Arbeit gilt als nicht vergeben. Nach Ablauf der Elternzeit erhält der/die Kandidat/in ein neues Thema.
- (10) Studierende, die über Abs. 9 hinausgehend Familienpflichten wahrzunehmen haben, können ebenfalls die Verlängerung von Fristen nach dieser Prüfungsordnung beantragen. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen.

- (11) Macht ein/e Kandidat/in durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger gesundheitlicher Beschwerden nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder Frist abzulegen, so gestattet ihm der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form oder Frist zu erbringen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

II. Studienleistungen

§ 10 Berufspraktische Ausbildungen (Praktikum, Schulpraktikum) und Schlüsselqualifikationen (überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen)

- (1) Die im Folgenden genannten Studienleistungen sind keine Prüfungsleistungen. Sie werden jedoch als „bestanden“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet und es werden ECTS-Credits vergeben.
- (2) Im dritten Studienjahr ist als Studienleistung mindestens sechswöchiges Praktikum (8 ECTS-Credits) abzuleisten. Wird im Rahmen des flexiblen Semesters in den Vertiefungsrichtungen A, D und F ein Praxissemester gewählt, so ist kein sechswöchiges Praktikum abzuleisten.
- (3) Wird im Rahmen des flexiblen Semesters in den Vertiefungsrichtungen A, D und F ein Praxissemester gewählt, wird das 6-wöchige Praktikum darauf angerechnet. Weiteres regeln die Absätze 3 a)-c) und Absatz 4.

Praxissemester

- a) Das Praktikum dauert in der Regel viereinhalb Monate und wird mit 23 ECTS-Credits angerechnet.
- b) Das Praktikum muss an einem Stück und im Umfang einer Vollzeitbeschäftigung absolviert werden. Auf schriftlichen Antrag ist eine Aufteilung des Praktikums in zwei Teile möglich. Dabei darf kein Anteil kürzer als zwei Monate sein. Über den Antrag auf eine Aufteilung entscheidet der/die Beauftragte für das Praktikum.
- c) Die Wahl der Arbeitsstelle im In- bzw. Ausland erfolgt im Einvernehmen mit dem/der Fachgruppenbeauftragten für das Praxissemester. Die Studierenden sind selbst für die Suche der Praktikumsstelle verantwortlich.
- (4) Für die Praktika ist ein Berichtsverfahren einzuhalten. Nach ordnungsgemäßer Ableistung wird durch das Fachbereichssekretariat ein Anerkennungsbescheid ausgestellt.
- (5) Im Falle von Vertiefungsrichtung B gemäß § 23 ist als zusätzliche Studienleistung im dritten Studienjahr ein mindestens vierwöchiges Schulpraktikum zu absolvieren (8 ECTS-Credits). Näheres regeln der Studienplan und die Merkblätter für die Vertiefungsrichtung B.

- (6) Neben den Praktika sind in dafür ausgewiesenen Lehrveranstaltungen Schlüsselqualifikationen (überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen) im Umfang von 6 ECTS-Credits zu erwerben. In den Vertiefungsrichtungen B und C sind Schlüsselqualifikationen (überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen) im Umfang von 3 ECTS zu erwerben. Schlüsselqualifikationen können auch im Rahmen eines wirtschaftswissenschaftlichen Proseminars erworben werden.

§ 10a Regelmäßige Teilnahme als besondere Form der Studienleistung

- (1) In Seminaren, Tutorien und sonstigen dialogisch konzipierten Lehrveranstaltungen sowie in praktischen Lehrveranstaltungen **kann** von der Leitung der Lehrveranstaltung oder von der zuständigen Studienkommission für einen bestimmten Lehrveranstaltungstyp als Voraussetzung für die Ablegung einer Prüfungs- bzw. Studienleistung und/oder für den Erwerb von Credits die regelmäßige Teilnahme an der Lehrveranstaltung verlangt werden. In diesem Fall ist zu Beginn der Lehrveranstaltung in schriftlicher oder elektronischer Form bekannt zu geben, dass die regelmäßige Teilnahme als Zulassungsvoraussetzung für die studienbegleitenden Leistungen und/oder als Voraussetzung für den Erwerb von Credits in der Lehrveranstaltung gilt.
- (2) Von einer regelmäßigen Teilnahme ist auch dann auszugehen, wenn bei Lehrveranstaltungen höchstens ein Fünftel der Zeit bzw. der Termine versäumt wurde. Andernfalls wird die Zulassung zu Prüfungs- bzw. Studienleistungen in der Lehrveranstaltung versagt, unabhängig davon, ob das Fehlen von Studierenden zu vertreten ist. Es können in diesem Fall keine ECTS-Credits erworben werden. In begründeten Fällen¹ kann von diesen Regelungen zugunsten von Studierenden abgewichen werden; entsprechende Anträge sind über die Sekretärin oder den Sekretär des Ständigen Prüfungsausschusses an den zuständigen Ständigen Prüfungsausschuss zu stellen.

¹ Fallgruppen, für die Ausnahmen in Betracht kommen, sind insbesondere: 1. Studierende mit attestierter chronischer oder länger andauernder Erkrankung, die nach der Prüfungsordnung einen Nachteilsausgleich beanspruchen können und denen es aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, an allen Terminen der Lehrveranstaltung teilzunehmen; 2. studierende Eltern aufgrund von Krankheit ihres Kindes und von Studierenden mit pflegebedürftigen Angehörigen, soweit geeignete Nachweise für eine notwendige Betreuung vorgelegt werden; 3. Studierende, die im laufenden Semester Mitglied eines Gremiums der Universität oder der Verfassten Studierendenschaft sind und aus diesem Grund einzelne Lehrveranstaltungstermine versäumen, soweit eine Bestätigung über die Teilnahme an der Gremiensitzung vorgelegt wird; 4. studierende Spitzensportlerinnen und Spitzensportler im Sinne der Kooperationsvereinbarungen der Universität als Partnerhochschule des Spitzensports aufgrund nachgewiesener verpflichtender Teilnahme an Wettkämpfen oder Trainingslagern; 5. Auslandsaufenthalte während des laufenden Semesters mit Nachweis; 6. Gründerinnen und Gründer mit entsprechendem Nachweis.

III. Studienbegleitende Prüfungsleistungen

§ 11 Art der studienbegleitenden Prüfungsleistungen

- (1) Studienbegleitende Prüfungsleistungen sind in der Regel als Klausur zu erbringen. Andere Prüfungsleistungen (z.B. mündliche Prüfungen oder Hausaufgaben) sind möglich, wenn der/die Lehrveranstaltungsleiter/in diese für sinnvoll erachtet. Zu Beginn der Lehrveranstaltung legt der/die jeweilige Lehrveranstaltungsleiter/in Art und Umfang der Prüfungsleistung fest. Ein Teil der Gesamtnote einer Lehrveranstaltung kann für Prüfungsleistungen während des Ablaufs der Lehrveranstaltung vergeben werden, z.B. aufgrund von Zwischenprüfungen, Hausarbeiten oder Kurzvorträgen. Der/Die Leiter/in der Lehrveranstaltung gibt zu Veranstaltungsbeginn bekannt, welche Prüfungsleistungen in der Veranstaltung erbracht werden können bzw. müssen und wie sich die Gesamtnote für die Lehrveranstaltung zusammensetzt. Die Lehrveranstaltung ist erfolgreich absolviert, wenn der gewichtete Durchschnitt aller Prüfungsleistungen mindestens „ausreichend“ ist. Einzelne Teilprüfungsleistungen können nicht gesondert wiederholt werden, sondern nur im Rahmen der Wiederholung der gesamten Lehrveranstaltung. Der/Die Leiter/in der Lehrveranstaltung kann von diesen Regelungen abweichen und z.B. festlegen, dass eine bestimmte Teilprüfungsleistung bestanden werden muss oder gesondert wiederholt werden kann; er muss dies zu Veranstaltungsbeginn bekanntgeben.
- (2) Für die Aufgabenstellung und die Auswertung einer Klausur ist der/die Leiter/in der jeweiligen Lehrveranstaltung verantwortlich. Im Verhinderungsfall kann der Prüfungsausschuss einen anderen/eine andere Prüfer/in bestellen.
- (3) Prüfungsleistungen können teilweise in Form von Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple Choice) durchgeführt werden; andere Teilprüfungsleistungen in Textform können teilweise oder ganz in Form von Multiple Choice durchgeführt werden. Bei der Bewertung einer Prüfungsleistung, die zum Teil in Form des Antwort-Wahl-Verfahrens durchgeführt wird, darf der Anteil der zu vergebenden Punkte nach diesem Verfahren die Hälfte der Gesamtpunktzahl der Prüfungsleistung nicht übersteigen. Für die Bewertung des Multiple-Choice-Teils gelten folgende Regelungen: Die Vergabe von halben Punkten ist nicht möglich. Falls die Frage Mehrfachantworten verbietet, sind Mehrfachantworten unzulässig und werden nicht gewertet. Bei der Bewertung des Multiple-Choice-Teils ist die Vergabe von negativen (Teil-) Punkten nur innerhalb einer Frage mit mehrfachen Antwortmöglichkeiten zulässig. Für jede Frage wird ein kumulierter negativer Punktwert auf 0 gesetzt (keine negativen Punktwerte für Fragen). Die weiteren Bewertungsregeln des Multiple Choice-Teils können von der jeweiligen Prüferin bzw. dem jeweiligen Prüfer festgelegt werden und sind in diesem Fall den Studierenden spätestens zu Beginn der Prüfung bekannt zu geben.
- (4) Anmeldung, Zulassung, Durchführung, Form, Umfang und Bewertung von Prüfungsleistungen zu Lehrveranstaltungen in fachfremden Wahlfächern richten sich nach den Bestimmungen der Prüfungsordnung des Studienganges, zu dessen Curriculum die betreffende Lehrveranstaltung gehört. Im Übrigen gilt § 6 Abs. 8.

§ 11a Mündliche Online-Prüfungen und Online-Prüfungen in Textform sowie entsprechende Studienleistungen

- (1) Studienbegleitende Prüfungs-, Teilprüfungs- und Studienleistungen können gemäß §§ 32 a und 32b Landeshochschulgesetz (LHG) und nach den Maßgaben der nachfolgenden Absätze auch online durchgeführt werden, soweit dies inhaltlich und technisch möglich ist und chancengleiche Prüfungsbedingungen gewährleistet bleiben. Zur Durchführung von Online-Prüfungen stellt die Universität Informations- und Kommunikationssysteme zur Verfügung, die den Grundsätzen der Datenschutzgrundverordnung entsprechen. Online-Prüfungen werden vergleichbar mit den entsprechenden Prüfungsformaten ohne Einsatz von elektronischen Systemen in einem Protokoll dokumentiert. Im Protokoll sind die Online-Durchführung sowie etwaige technische Störungen sowie ein Abbruch aufgrund dieser festzuhalten. Technische Störungen während der Prüfung sind von den Teilnehmenden unverzüglich zu melden.
- (2) Wird eine Prüfungsleistung nicht auf dem Campus unter Aufsicht erstellt, haben die Studierenden in bekanntgegebener Form zu versichern, dass sie die Leistung selbständig und ohne Hilfe Dritter oder nicht erlaubter Hilfsmittel erbringen bzw. erbracht haben.
- (3) Von der Prüfungsperson kann auch festgelegt werden, dass Prüfungen in Textform online erbracht werden müssen. Solche Online-Prüfungen werden entweder unter Präsenzaufsicht auf dem Campus oder, sofern für eine Prüfung keine Klausur oder andere Aufsichtsrbeit festgelegt ist, ohne Aufsicht von außerhalb des Campus durchgeführt. Off-Campus-Online-Prüfungen mit Videoaufsicht (Proctoring) sind nicht zugelassen. Online-Prüfungen in Textform auf dem Campus finden mit von der Universität zur Verfügung gestellten Geräten oder mit eigenen Geräten der Studierenden statt. Wenn Studierende eigene Geräte für eine Online-Prüfung nutzen, werden sie über die technischen Mindestanforderungen an diese Geräte rechtzeitig informiert. Online-Prüfungen in Textform finden für alle Prüfungsteilnehmenden in derselben Form als Off-Campus-Online-Prüfungen ohne Aufsicht oder als On-Campus-Online-Prüfung mit Präsenzaufsicht statt, ggf. an verschiedenen Hochschulstandorten.
- (4) Mündliche Prüfungen können in begründeten Fällen auch mithilfe elektronischer Medien durchgeführt werden. Mündliche Prüfungen und Teilprüfungsleistungen können nach den Maßgaben von Abs. 1 und 2 online stattfinden, wenn eine Zustimmung sowohl der zu prüfenden Person als auch der prüfenden Personen vorliegt. Entsprechend ist auch möglich, dass nur einzelne Personen per Videokonferenz zu einer Präsenzprüfung zugeschaltet werden.
- (5) Die Durchführung einer mündlichen Prüfung, die eine Lehrveranstaltung oder ein Modul abschließt, als Videokonferenz erfolgt auf Antrag der oder des Studierenden, sofern ein wichtiger Ausnahmegrund hierfür vorliegt. Der Antrag ist in der von der Universität vorgegebenen Form und Frist beim zuständigen StPA zu stellen. Liegen die Voraussetzungen nach Abs. 1 und Abs. 5 Satz 1 nicht vor oder ist die zeitliche Verschiebung zur Ermöglichung einer Präsenzprüfung zumutbar, wird der Antrag vom StPA abgelehnt. Die Ablehnung oder Befürwortung des Antrags wird

- 12 -

der oder dem Studierenden in der Regel mindestens eine Woche vor dem geplanten Prüfungstermin mitgeteilt. Im Fall der Befürwortung des Antrags werden der oder dem Studierenden die näheren Modalitäten zur Durchführung mindestens 24 Stunden vor dem Prüfungstermin bekanntgegeben.

- (6) Mündliche Teilprüfungsleistungen, z. B. der mündlich abzuhaltende Teil von Referaten oder Präsentationen oder andere lehrveranstaltungsbegleitende mündliche Prüfungsleistungen sowie Studienleistungen können auf formlosen Antrag der oder des Studierenden an die beteiligte Lehrperson online als Videokonferenz erfolgen. Diese entscheidet, ob die Voraussetzungen von Abs. 1 erfüllt sind und sie dem Antrag stattgibt.
- (7) Im Wahlpflichtbereich oder im Wahlbereich können im hochschulrechtlich vorgesehenen Lehrplanungsverfahren Lehrveranstaltungen angeboten werden, deren Veranstaltungs- und Prüfungskonzeption auf der Online-Durchführung beruht, insbesondere dann, wenn diese Form der Durchführung die Kompetenzorientierung von Lehre und Prüfung stärkt. In diesen Fällen wird die Freiwilligkeit der Teilnahme an einer mündlichen onlinegestützten Prüfungs- oder Studienleistung durch die Anmeldung der Studierenden zu dieser entsprechend gekennzeichneten Lehrveranstaltung dokumentiert.
- (8) Vor Beginn der Prüfung muss die oder der Studierende auf Aufforderung der Prüfungsperson den Studierendenausweis oder einen amtlichen Lichtbildausweis in die Kamera halten; von allen Beteiligten wird vor Beginn der Prüfung bestätigt, dass eine ausreichende Bild- und Tonqualität vorliegt. Soweit der Personalausweis oder Pass verwendet wird, ist der oder dem Studierenden zu gestatten, nicht zur Identifizierung erforderliche Informationen abzudecken. Eine Aufzeichnung oder anderweitige Speicherung der Bild- und Tondateien einer Online-Prüfung ist unzulässig, soweit sie nicht zur Übertragung der Onlineprüfung oder Teilprüfungsleistung oder Studienleistung erforderlich ist. Hierauf werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seitens der Prüfungs- oder Lehrperson spätestens zu Beginn der Prüfung hingewiesen.
- (9) Entsprechend zu studienbegleitenden Prüfungsleistungen können auch Studienleistungen nach Maßgabe der Abs. 1-4 und 6-8 online erbracht werden.

§ 12 Anmeldung und Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungen

- (1) Zu den studienbegleitenden Prüfungen, ausgenommen die Orientierungsprüfung (vgl. § 12 Abs. 3), muss sich der/die Kandidat/in im Prüfungssekretariat anmelden. Die Termine für die Anmeldung legt der Prüfungsausschuss fest und gibt sie unter Angabe einer Ausschlussfrist bekannt. Ausgenommen hiervon sind auch Prüfungsleistungen, die während der Vorlesungszeit nach Maßgabe des jeweiligen Lehrveranstaltungsleiters abzulegen sind. Hierzu werden Termine und Modalitäten gemäß § 11 Absatz 1 vom jeweiligen/von der jeweiligen Lehrveranstaltungsleiter/in festgelegt.
- (2) Mit der Anmeldung zur ersten studienbegleitenden Prüfung muss der/die Kandidat/in beim Prüfungsausschuss die Zulassung zu den studienbegleitenden Prüfungen beantragen.

- (3) Für die Prüfungsleistungen im Rahmen der Orientierungsprüfung gemäß § 18, Abs. 1 wird der/die Kandidat/in jeweils zum ersten Prüfungstermin (vgl. § 13 Absatz 4) automatisch angemeldet.
- (4) Zu den studienbegleitenden Prüfungen kann nur zugelassen werden, wer
 - a. im Bachelor-Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Universität Konstanz immatrikuliert ist und
 - b. seinen Prüfungsanspruch nicht verloren hat.
- (5) Dem Zulassungsantrag sind beizufügen:
 - a. die Nachweise der in Absatz 3 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
 - b. eine Erklärung darüber, ob der/die Kandidat/in bereits eine Orientierungsprüfung bzw. Zwischenprüfung im Studienfach Volkswirtschaftslehre oder eine Diplomvorprüfung bzw. Diplomprüfung im Studienfach Volkswirtschaftslehre bzw. eine vergleichbare Prüfung in einem Studiengang oder Teilstudiengang Volkswirtschaftslehre oder einem betriebswirtschaftlichen Studiengang oder Teilstudiengang endgültig nicht bestanden hat oder ob er sich in einem der oben genannten Fächer in einem Prüfungsverfahren befindet.
- (6) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss. Er kann die Entscheidung dem/der Vorsitzenden übertragen. Falls der/die Studierende nicht zugelassen werden kann, wird ihm dies schriftlich vom Prüfungssekretariat mitgeteilt; die Ablehnung ist mit einer Begründung zu versehen.
- (7) Die Zulassung darf nur abgelehnt werden, wenn:
 - a. die in Absatz 3 genannten Voraussetzungen oder eine Teilnahmepflicht nach § 10a nicht erfüllt sind, oder
 - b. die Unterlagen unvollständig sind und trotz Aufforderung nicht fristgemäß vervollständigt worden sind,
 - c. der/die Kandidat/in bereits eine Orientierungsprüfung bzw. Zwischenprüfung im Studienfach Volkswirtschaftslehre oder eine Diplomvorprüfung bzw. Diplomprüfung im Studienfach Volkswirtschaftslehre bzw. eine vergleichbare Prüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder den Prüfungsanspruch verloren hat oder sich in einem der betreffenden Fächer an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule in einem Prüfungsverfahren befindet.

§ 13 Studienbegleitende Prüfungstermine

- (1) In jedem Semester werden für die studienbegleitenden Prüfungsleistungen gemäß §§ 21 und 23 jeweils zwei Prüfungstermine für schriftliche Prüfungen (Klausuren) angeboten, von denen der erste am Ende der Vorlesungszeit des jeweiligen Semesters und der zweite zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters liegt. Dies gilt nicht für Prüfungsleistungen, die während der Vorlesungszeit nach Maßgabe des/der jeweiligen Lehrveranstaltungsleiters/ Lehrveranstaltungsleiterin abzulegen sind.

- (2) Der/Die Kandidat/in hat sich zu den einzelnen Klausuren entsprechend den vom Prüfungsausschuss festgelegten Richtlinien anzumelden. Dies gilt auch für eine Wiederholungsprüfung, sofern die erste Klausur mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet wurde. Ausgenommen hiervon ist nach § 12 Absatz 4 die Orientierungsprüfung. Zu dieser wird der/die Kandidat/in auch im Falle einer Wiederholungsprüfung stets automatisch angemeldet. Die Wiederholungsprüfung findet hierbei stets am nächstmöglichen Prüfungstermin statt.
- (3) Wer in einer ersten Klausur eine Note „ausreichend“ (4,0) oder besser erzielt hat, kann an einer Wiederholungsprüfung in demselben Prüfungsgebiet nicht teilnehmen.
- (4) Für die in § 18 Absatz 1 unter a) bis d) genannten Prüfungsleistungen im Rahmen der Orientierungsprüfung gilt abweichend von Absatz 1, dass die Studierenden zum ersten Prüfungstermin am Ende der jeweiligen Vorlesungszeit automatisch angemeldet werden. Dies bedeutet, dass der zweite Klausurtermin zu Beginn der Vorlesungszeit des Folgesemesters hier nur für Kandidaten/Kandidatinnen angesetzt wird, deren erste Klausur mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet wurde oder die an dem ersten Prüfungstermin aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, nicht teilnehmen konnten.

§ 14 Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen

- (1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen (Einzelnoten) werden von den jeweiligen Prüfern/Prüferinnen festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:
- 1 = sehr gut = eine hervorragende Leistung
 - 2 = gut = eine Leistung, die erheblich über dem Durchschnitt liegt
 - 3 = befriedigend = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
 - 4 = ausreichend = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
 - 5 = nicht ausreichend = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.
- (2) Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen sind Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der Notenwerte um 0,3 zulässig. Dabei sind die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 ausgeschlossen.
- (3) Wird eine Prüfungsleistung von mehreren Prüfern/Prüferinnen bewertet, so errechnet sich deren Note aus dem Durchschnitt der Noten der Prüfer/Prüferinnen. Bei der Berechnung der Note für eine solche Prüfungsleistung wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 15 Vergabe von ECTS-Credits

- (1) ECTS-Credits für studienbegleitende Prüfungsleistungen sind nur dann zu vergeben, wenn die für die jeweilige Veranstaltung erforderlichen Leistungen erfolgreich erbracht wurden. Dies gilt auch für Studienleistungen gemäß § 10. Für die Verrechnung im Einzelnen gelten die Bestimmungen der §§ 21 und 23.
- (2) Das Praktikum gemäß § 10 Absatz 2 wird mit 8 ECTS-Credits verrechnet.
- (3) Das Schulpraktikum gemäß § 10 Absatz 5 wird mit 8 ECTS-Credits verrechnet.
- (4) Die Abschlussarbeit gemäß § 24 wird mit 8 ECTS-Credits verrechnet.
- (5) Veranstaltungen zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen (überfachlichen berufsfeldorientierten Qualifikationen) werden mit 6 ECTS-Credits verrechnet. In den Vertiefungsrichtungen B und C werden Schlüsselqualifikationen (überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen) mit 3 ECTS verrechnet.

§ 16 Lehr- und Prüfungssprachen

- (1) Lehrveranstaltungen können auf Vorschlag des/der Dozenten/Dozentin auch in englischer Sprache angeboten werden.
- (2) Aufgabenstellungen zu Klausuren werden in der Sprache verfasst, in der die jeweilige Lehrveranstaltung abgehalten wurde. Die Aufgaben können in Englisch oder Deutsch beantwortet werden. Ausnahmen gelten für ausländische Gastdozenten/Gastdozentinnen.

IV. Prüfungen und Fristen für das Ablegen der Prüfungen

A. Orientierungsprüfung

§ 17 Zweck der Orientierungsprüfung

Der/Die Studierende hat in der Orientierungsprüfung nachzuweisen, dass er sich grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten in Volkswirtschaftslehre angeeignet hat und somit für diesen Studiengang grundsätzlich geeignet ist.

§ 18 Inhalt, Art und Umfang der Orientierungsprüfung

- (1) Zur Orientierungsprüfung gehören die vier Prüfungsleistungen aus den folgenden Lehrveranstaltungen des ersten Studienjahres:
 - a. Einführung in die Volkswirtschaftslehre
 - b. Mathematik I
 - c. Mathematik II
 - d. Mikroökonomik I

- 16 -

- (2) Bei diesen Prüfungsleistungen gelten gemäß § 12 Abs. 3 und § 13 Abs. 2 und 4 die besonderen Bestimmungen zur Anmeldung sowie zur Terminierung der jeweiligen Prüfungen. Des Weiteren ist hier § 27 Abs. 2 zu beachten.
- (3) Diese Prüfungsleistungen können, sofern sie nicht bestanden sind, zum nächstmöglichen Termin einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Ist die Orientierungsprüfung bis zum Beginn der Vorlesungszeit des vierten Semesters einschließlich etwaiger Wiederholungen nicht abgeschlossen, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, der/die Studierende hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten. In diesem Fall gewährt der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem/der Studierenden auf schriftlichen Antrag eine Verlängerung der Frist, innerhalb der die Orientierungsprüfung abzulegen ist.
- (4) Wer die Orientierungsprüfung nicht bis zum Ende des zweiten Semesters abgelegt hat, muss an einer Studienberatung teilnehmen.

B. Bachelor-Prüfung (Abschlussprüfung)

§ 19 Zweck der Bachelor-Prüfung

Die Bachelor-Prüfung bildet einen ersten wissenschaftlichen Hochschulabschluss im Studienfach Wirtschaftswissenschaften. Durch die Bachelor-Prüfung soll festgestellt werden, ob der/die Kandidat/in die grundlegenden Fachkenntnisse besitzt, um die Zusammenhänge des Faches zu überblicken und ob er/sie in der Lage ist, neue Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich mit wirtschaftswissenschaftlichen Theorien und Analyseansätzen zu erfassen und zu erklären.

§ 20 Inhalt, Art und Umfang der Bachelor-Prüfung

Die Bachelor-Prüfung besteht aus drei Teilen. In Teil I sind insgesamt vierzehn studienbegleitende Prüfungsleistungen des Basisstudiums gemäß § 21 zu erbringen; Teil II umfasst die studienbegleitenden Prüfungs- und Studienleistungen des Vertiefungsstudiums gemäß Anhang 1, die Praktika sowie die Schlüsselqualifikationen gemäß § 10; Teil III besteht gemäß § 24 aus der schriftlichen Abschlussarbeit, die mit dem Seminar eine thematische Einheit bildet.

§ 21 Teil I der Abschlussprüfung (studienbegleitende Prüfungsleistungen des Basisstudiums, Basisbereiche 1 bis 6)

- (1) Teil I der Bachelor-Prüfung besteht aus vierzehn schriftlichen, mit mindestens der Note „ausreichend“ bewerteten Prüfungsleistungen, die in den sechs Basisbereichen des Basisstudiums zu erbringen sind (insgesamt 95 ECTS-Credits):

Basisbereich 1: Mathematik

Für jeden der folgenden Kurse ist eine Prüfungsleistung zu erbringen:

Modul Mathematik I (9 ECTS-Credits)

Modul Mathematik II (9 ECTS-Credits)

Basisbereich 2: Statistics

Für jeden der folgenden Kurse ist eine Prüfungsleistung zu erbringen:

Modul Statistics I (6 ECTS-Credits)

Modul Statistics II (6 ECTS-Credits)

Basisbereich 3: Grundlagen der Wirtschaftstheorie

Für jeden der folgenden Kurse ist eine Prüfungsleistung zu erbringen:

Modul Einführung in die Volkswirtschaftslehre (9 ECTS-Credits)

Modul Mikroökonomik I (9 ECTS-Credits)

Modul Makroökonomik I (9 ECTS-Credits)

Basisbereich 4: Wirtschaftspolitik

Für jeden der folgenden Kurse ist eine Prüfungsleistung zu erbringen:

Modul Wirtschaftspolitik I (6 ECTS-Credits)

Modul Finanzwissenschaft I (6 ECTS-Credits)

Basisbereich 5: Betriebswirtschaftslehre I

Für jeden der folgenden Kurse ist eine Prüfungsleistung zu erbringen:

Modul Grundlagen des betrieblichen Rechnungswesens (6 ECTS-Credits)

Modul Unternehmensorganisation (5 ECTS-Credits)

Modul Einführung in das Marketing (5 ECTS-Credits)

Basisbereich 6: Betriebswirtschaftslehre II

Für jeden der folgenden Kurse ist eine Prüfungsleistung zu erbringen:

Modul Bilanzierung und Bilanzpolitik (5 ECTS-Credits)

Modul Corporate Finance (5 ECTS-Credits)

- (2) Diese Prüfungsleistungen sind - mit Ausnahme der zur Orientierungsprüfung gemäß § 18 gehörenden Prüfungsleistungen - bis zum Ende des fünften Semesters abzulegen. Wer diese Prüfungsleistungen einschließlich etwaiger Wiederholungen nicht bis zum Ende des achten Semesters bestanden hat, verliert den Prüfungsanspruch, es sei denn, die Fristüberschreitung ist von ihm nicht zu vertreten. In diesem Fall gewährt der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem/der Studierenden auf schriftlichen Antrag eine Verlängerung der Frist.

§ 22 Anmeldung und Zulassung zu Teil II und Teil III der Abschlussprüfung

- (1) Die Anmeldung zu den studienbegleitenden Prüfungsleistungen des Teils II (Pflichtbereich und Wahlpflichtbereiche in den Vertiefungsrichtungen) erfolgt gemäß § 12 Absatz 1 im Prüfungssekretariat. Voraussetzung für die Anmeldung und das Ablegen entsprechender Prüfungsleistungen ist die bestandene Orientierungsprüfung gemäß § 18.
- (2) Die Anmeldung zum Seminar gemäß § 23 erfolgt zentral im Prüfungssekretariat. Der Meldezeitraum fällt i.d.R. mit dem zu den schriftlichen Prüfungsleistungen gemäß § 12 Absatz 1 zusammen.

- (3) Voraussetzungen für die Zulassung zu Teil III der Abschlussprüfung (Bachelor Thesis) sind schriftliche Prüfungsleistungen aus dem Basisstudium und dem Vertiefungsstudium gemäß §§ 21 und 23 im Umfang von insgesamt 90 ECTS-Credits sowie die Seminarleistung gemäß §§ 23 und 24. Der Meldezeitraum fällt i.d.R. mit dem zu den schriftlichen Prüfungsleistungen gemäß § 12 Absatz 1 zusammen.
- (4) Im Übrigen gelten für die Anmeldung und Zulassung zu Teil II und III der Abschlussprüfung die Bestimmungen des § 12 entsprechend.
- (5) Die Zulassung erfolgt mit der Auflage, dass der/die Studierende bis zur Erbringung der letzten Prüfungsleistung einschließlich einer ggf. erforderlichen Wiederholung an der Universität Konstanz immatrikuliert ist. Die Immatrikulation ist ggf. durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung nachzuweisen.

**§ 23 Teil II der Abschlussprüfung (studienbegleitende
Prüfungsleistungen und Studienleistungen des Vertiefungsstudiums)**

- (1) Teil II der Abschlussprüfung besteht aus einer Seminarleistung gemäß § 20 (4 ECTS-Credits), dem Nachweis der Praktika gemäß § 10 (8 oder 23 ECTS-Credits) sowie schriftlichen Prüfungsleistungen bzw. Studienleistungen, die studienbegleitend während des Vertiefungsstudiums abzulegen sind.
- (2) Das Vertiefungsstudium im Bachelor-Studiengang Wirtschaftswissenschaften besteht aus einem Pflichtbereich und einem Wahlpflichtbereich aus einer der folgenden sechs Vertiefungsrichtungen. Die Struktur der Bereiche ergibt sich aus den Anhängen 2 und 3 die Bestandteil dieser Prüfungsordnung sind.

Vertiefungsrichtung A (Quantitative Ökonomik)

Vertiefungsrichtung B (Wirtschaftspädagogik)

Vertiefungsrichtung C (Betriebspädagogik)

Vertiefungsrichtung D (Internationale Finanzökonomik)

Vertiefungsrichtung E (Psychoökonomik)

Vertiefungsrichtung F (Angewandte Ökonomik)

- (3) Im Fall der Vertiefungsrichtung B kann die zum Vertiefungsstudium gehörende Prüfungsleistung „Econometrics I“ (8 ECTS-Credits) durch die Prüfungsleistungen „Personalmanagement“ (5 ECTS-Credits) sowie ein Erziehungswissenschaftliches Proseminar (3 ECTS-Credits) substituiert werden.
- (4) Die in den Wahlpflichtbereichen der einzelnen Vertiefungsrichtungen ausgewiesenen ECTS-Credits (siehe Anhänge 2 und 3) sind Mindestvorgaben. Sie dürfen um maximal 8 ECTS-Credits überschritten werden.
- (5) Die Art der Seminarleistung wird vom/von der Seminarleiter/Seminarleiterin der jeweiligen Lehrveranstaltung zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. Im Übrigen gilt § 11 Absatz 1 Satz 2 entsprechend.

- (6) Die Festlegung auf eine Vertiefungsrichtung erfolgt mit der Anmeldung zur ersten Prüfungs- oder Studienleistung im Vertiefungsstudium. Ein Wechsel der Vertiefungsrichtung ist danach nur einmal auf begründeten Antrag an den StPA möglich.
- (7) Der Wahlpflichtbereich in der Vertiefungsrichtung B umfasst homogene fachbereichsfremde Wahlpflichtfächer, deren jeweilige Modulstruktur im Anhang 2 zu dieser Prüfungsordnung enthalten ist. Es kann im Rahmen der Vertiefungsrichtung B nur eines dieser Wahlpflichtfächer gewählt werden. Hierbei sind mindestens 16 ECTS-Credits zu absolvieren. Die Zahl der ECTS-Credits darf nach Absatz 5 jedoch 24 ECTS-Credits nicht überschreiten (siehe Anhang 2).
- (8) Die Festlegung auf ein Wahlpflichtfach in der Vertiefungsrichtung B erfolgt mit der Anmeldung zur ersten Prüfungs- oder Studienleistung in diesem Fach. Ein Wechsel des Wahlpflichtfachs ist danach nur einmalig und auf begründeten Antrag an den StPA möglich.
- (9) Im Falle der Belegung des Wahlpflichtfachs „Wirtschaftswissenschaften“ in der Vertiefungsrichtung B sind die Prüfungsleistungen in „Econometrics I“ und in „Personalmanagement“ nur dann im Wahlpflichtbereich wählbar, wenn sie gemäß Absatz 3 nicht bereits im Pflichtbereich abgelegt wurden.
- (10) Im Falle von Vertiefungsrichtung F kann auch ein fachbereichsfremdes Nebenfach gewählt werden (siehe Anhang 3). Bei dieser Variante entfallen die 3 ECTS-Credits für Schlüsselqualifikationen.
- (11) Der Wahlpflichtbereich der Vertiefungsrichtungen A, C, D sowie F (für den Fall der Nichtbelegung eines Nebenfaches) kann durch wirtschaftswissenschaftliche und/oder nichtwirtschaftswissenschaftliche Prüfungs- und Studienleistungen abgedeckt werden. Darin eingeschlossen sind Prüfungs- und Studienleistungen im Aufbaustudium einer anderen Vertiefungsrichtung. Die hierfür in Frage kommenden Lehrveranstaltungen sind dem Modulhandbuch sowie dem jeweiligen aktuellen Vorlesungsverzeichnis zu entnehmen.
- (12) Im Wahlpflichtbereich sind stets mehr als die Hälfte der jeweilig nachzuweisenden ECTS-Credits durch Prüfungsleistungen zu erbringen
- (13) Im Rahmen des flexiblen Semesters der Vertiefungsrichtungen A und D und F werden die folgenden Varianten angeboten:
1. Variante 1 (kein Praxissemester). Insgesamt müssen im Pflichtbereich und im Wahlpflichtbereich des Vertiefungsstudiums Prüfungsleistungen im Umfang von insgesamt 55 ECTS-Credits erbracht werden: in der Vertiefungsrichtung A 34 ECTS-Credits im Pflichtbereich und 25 ECTS-Credits im Wahlpflichtbereich, in der Vertiefungsrichtung D 38 ECTS-Credits im Pflichtbereich und 21 ECTS-Credits im Wahlpflichtbereich und in der Vertiefungsrichtung F 21 ECTS-Credits im Pflichtbereich und 38 ECTS-Credits im Wahlpflichtbereich.
 2. Variante 2 (Praxissemester). Wird das mit 23 ECTS-Credits angerechnete Praxissemester absolviert, so verringert sich der Umfang des Wahlpflichtbereichs des Vertiefungsstudiums um 15 ECTS-Credits.

Im Rahmen des flexiblen Semesters der Vertiefungsrichtung F wird zusätzlich die folgende Variante angeboten:

3. Variante 3 (Nebenfach). Wird diese Variante gewählt, so müssen neben den Prüfungsleistungen in den Modulen des Pflichtbereichs im Nebenfach gemäß Anlage 3 Prüfungsleistungen im Umfang von 41 ECTS-Credits erbracht werden.

§ 24 Teil III der Abschlussprüfung (schriftliche Abschlussarbeit)

- (1) Die schriftliche Abschlussarbeit (Bachelor Thesis) setzt den Nachweis von insgesamt 90 ECTS-Credits aus den schriftlichen Prüfungsleistungen aus dem Basisstudium und dem Vertiefungsstudium gemäß §§ 21 und 23 voraus sowie die in §§ 20, 22 und 23 genannte Seminarleistung. Hierbei bilden Seminar und Abschlussarbeit eine thematische Einheit. Ein in den Vertiefungsrichtungen A, D und F absolviertes Praxissemester gem. § 10 kann in Absprache mit dem/der Betreuer/in an die Abschlussarbeit gekoppelt werden.
- (2) Die Abschlussarbeit ist eine Prüfungsleistung. Sie soll zeigen, dass der/die Kandidat/in in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Bearbeitungszeit ein Thema aus seinem Studienfach nach wissenschaftlichen Grundsätzen und Methoden selbstständig zu bearbeiten.
- (3) Der Umfang der Abschlussarbeit sollte 20 Seiten nicht überschreiten. Für die Abschlussarbeit werden 8 ECTS-Credits vergeben.
- (4) Die Ausgabe des Themas der Abschlussarbeit sowie die Betreuung kann nur durch einen/eine Professor/in, Juniorprofessor/in, Hochschuldozenten/Hochschuldozentin oder Privatdozenten/Privatdozentin oder einen akademischen/eine akademische Mitarbeiter/in mit langjähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit, dem das Rektorat nach § 52 Absatz 1 Satz 6 LHG die Prüfungsbefugnis übertragen hat, erfolgen.
- (5) Der Prüfungsausschuss bestellt aus dem genannten Personenkreis einen/eine Prüfer/in für die Abschlussarbeit und teilt dem/der Kandidaten/Kandidatin das Thema mit. Dieser/Diese Prüfer/in ist in der Regel der/die Betreuer/in der Bachelorarbeit. Ein Thema kann nur ausgegeben werden, wenn der/die Betreuer/in seine/ihre Bereitschaft zur Begutachtung erklärt hat. Der/Die bestellte Prüfer/in und der Ausgabezeitpunkt des Themas sind aktenkundig zu machen. Die Frist für die Anfertigung der Arbeit beginnt mit der Ausgabe des Themas.
- (6) Lautet die Note des/der Prüfers/Prüferin „nicht ausreichend“, so wird vom Prüfungsausschuss ein zweiter/eine zweite Prüfer/in bestellt. Lautet die Note des/der zweiten Prüfers/Prüferin mindestens „ausreichend“, so wird vom Prüfungsausschuss ein dritter/eine dritte Prüfer/in bestellt. Bewertet das dritte Gutachten die Arbeit mindestens mit „ausreichend“, so ist die Abschlussarbeit bestanden. Die Note wird in diesem Falle mit „4,0“ festgelegt oder, falls dieser Wert niedriger ist, als arithmetisches Mittel aus den Noten der drei Gutachten ermittelt. Lautet die Note des dritten Gutachtens „nicht ausreichend“, so ist die Bachelorarbeit nicht bestanden.

- (7) Das Thema für die Abschlussarbeit muss so beschaffen sein, dass es innerhalb von vier Wochen bearbeitet werden kann. Diese Frist kann in besonderen Ausnahmefällen, die vom/von der Kandidaten/Kandidatin nicht zu vertreten sind, um eine Woche verlängert werden. Besteht nach diesem Zeitraum der Hinderungsgrund weiter, so gilt das Thema als nicht ausgegeben und der/die Kandidat/in erhält nach Wegfall des Hinderungsgrundes unverzüglich ein neues Thema. Das Thema wird dem Prüfungsausschuss von dem/der in Absatz 4 benannten Betreuer/in genannt. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ein neues Thema ist binnen vier Wochen zu stellen und auszugeben.
- (8) Bei Abgabe der Abschlussarbeit hat der/die Kandidat/in schriftlich zu versichern, dass er/sie die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Er/Sie hat bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens die Materialien verfügbar zu halten, welche die eigenständige Abfassung der Abschlussarbeit belegen können.
- (9) Die Abschlussarbeit ist fristgerecht in zwei gebundenen, maschinengeschriebenen Exemplaren (Format DIN A4) sowie einmal in digitaler Form beim Zentralen Prüfungsamt abzuliefern. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.
- (10) Der/Die in Absatz 5 genannte Prüfer/in legt binnen sechs Wochen nach Abgabe der Abschlussarbeit seine/ihre Bewertung dem Zentralen Prüfungsamt vor.

§ 25 Bewertung der Bachelor-Prüfung, Bildung der Gesamtnote

- (1) Die Abschlussprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsleistungen gemäß §§ 21, 23 und 24 bestanden sind.
- (2) In die Gesamtnote der Abschlussprüfung gehen die folgenden vier Einzelnoten wie folgt gewichtet ein:
 1. Die Durchschnittsnote aus den Bereichen 1 bis 6 des Basisstudiums gemäß § 21 mit 40%
 2. Die Durchschnittsnote aus den Prüfungsleistungen des Pflichtbereichs und des Wahlpflichtbereichs der jeweiligen Vertiefungsrichtung gemäß § 23 mit 40 %
 3. Die Note der Seminarleistung gemäß § 23 mit 5 %
 4. Die Note der Abschlussarbeit gemäß § 24 mit 15 %.
- (3) Die Durchschnittsnote der Leistungen gem. Nr. 1 und 2 wird als ECTS-gewichtetes arithmetisches Mittel der einzelnen Noten der jeweiligen Bereiche gebildet. Die einzelne Bereichsnote wird ebenfalls als ECTS-gewichtetes arithmetisches Mittel der Prüfungsleistungen des jeweiligen Bereichs berechnet. Es wird stets die Mindestzahl an ECTS-Credits nach §§ 21 und 23 und nicht die tatsächlich absolvierte Punktezahl einer Lehrveranstaltung oder eines Bereichs zugrunde gelegt.
- (4) Alle Durchschnittsnoten sowie die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung werden mit einer Dezimalstelle ausgewiesen. Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

- (5) Als Prädikate für den Ausweis der Gesamtnote im Bachelor-Zeugnis gelten folgende Bezeichnungen:

Bei einem Durchschnitt bis 1,3	= mit Auszeichnung
bei einem Durchschnitt über 1,3 bis 1,5	= sehr gut
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5	= gut
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5	= befriedigend
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0	= ausreichend
bei einem Durchschnitt über 4,0	= nicht ausreichend.

§ 26 Zeugnis, Urkunde

- (1) Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung und nach Verbuchung aller für ihr Bestehen relevanten Leistungen erhalten Studierende über die Gesamtnote in ihrem Studiengang ein Zeugnis. Es enthält die jeweilige Vertiefungsrichtung sowie die Note und das Thema der Bachelorarbeit.
- (2) Im Falle von Vertiefungsrichtung F (siehe § 23 und Anhang 1) wird die Bezeichnung „Bachelor in Wirtschaftswissenschaften“ mit dem Zusatz „mit Nebenfach X“ vergeben, wenn ein im Lehrveranstaltungsangebot ausgewiesenes Nebenfach vollständig studiert und erfolgreich abgeschlossen wurde.
- (3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird den Studierenden eine Urkunde ausgehändigt, in der die Verleihung des akademischen Bachelorgrades beurkundet und das studierte Fach angegeben werden.
- (4) Zeugnis und Urkunde werden von der oder dem Vorsitzenden des Ständigen Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität Konstanz versehen. Als Datum ist der Tag anzugeben, an dem laut dem Antrag auf Zeugnisausstellung die letzte Prüfungs- oder Studienleistung erbracht wurde.
- (5) Als weitere Bestandteile des Zeugnisses werden ein Diploma Supplement nach dem European Diploma Supplement Model und ein Transcript of Records ausgestellt. Das Transcript of Records enthält die absolvierten Module und ihre Komponenten, die Modulnoten, die in den Modulen sowie insgesamt erworbenen ECTS-Credits sowie die Noten der erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen; unbenotete Module und Leistungen werden mit dem Vermerk der erfolgreichen Teilnahme versehen. Prüfungs- und Studienleistungen, die nicht in die Bachelorprüfung eingehen, werden im Transcript of Records als „Sonstige Leistungen“ vermerkt.
- (6) Zusätzlich wird ein Transcript of Records nach Abs. 5 ohne Nennung der Noten der einzelnen Prüfungs- und Studienleistungen ausgestellt.
- (7) Auf Antrag der oder des Studierenden kann die bis zum Abschluss des Studiengangs benötigte Fachstudiendauer in das Transcript of Records aufgenommen werden.
- (8) Alle in den Absätzen 1, 3, 5 und 6 genannten Unterlagen werden in deutscher und – soweit möglich - in englischer Sprache ausgestellt. In der englischen Übersetzung wird für den Abschluss die Bezeichnung „Bachelor of Science in Business Studies and Economics“ verwendet.

C. Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen

§ 27 Wiederholung von Prüfungen, Nichtbestehen der Gesamtprüfung

- (1) Nicht bestandene Prüfungsleistungen können einmal wiederholt werden. Dies gilt auch für Seminarleistungen. Fehlversuche an anderen Hochschulen werden an gerechnet. Die Wiederholungsprüfung ist zum nächstmöglichen Prüfungstermin abzulegen. Der Prüfungsanspruch erlischt bei Versäumnis der Frist, es sei denn, der/die Kandidat/in hat das Versäumnis nicht zu vertreten.
- (2) Ist das Ergebnis einer Wiederholungsprüfung in den gemäß § 20 vorgeschriebenen Prüfungsleistungen (ausgenommen die Prüfungsleistungen der Orientierungsprüfung) wiederum „nicht ausreichend“, so kann der Prüfungsausschuss den/die Kandidaten/Kandidatin bei insgesamt höchstens zwei Prüfungsleistungen zur Vermeidung einer unbilligen Härte zu einer zweiten Wiederholungsprüfung zulassen. Die Zulassung erfolgt auf schriftlichen Antrag des/der Kandidaten/Kandidatin, der/die die Gründe für eine unbillige Härte substantiiert darlegen muss. Die zweite Wiederholung einer Orientierungsprüfungsleistung ist ausgeschlossen.
- (3) Ist die Abschlussarbeit (§ 24) gemäß § 14 mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, so wird dem/der Kandidaten/Kandidatin auf seinen/ihren Antrag ein neues Thema gestellt. Der Antrag muss innerhalb von zwei Wochen nach der schriftlichen Mitteilung des Ergebnisses der ersten Abschlussarbeit durch das Zentrale Prüfungsamt gestellt werden. Wird der Antrag nicht fristgemäß gestellt, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, der/die Kandidat/in hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten. Das Thema der zweiten Abschlussarbeit wird dem/der Kandidaten/Kandidatin innerhalb von vier Wochen nach der Antragsstellung bekannt gegeben.
- (4) Eine Rückgabe des Themas innerhalb der in § 24 Absatz 6 Satz 5 genannten Frist ist nur zulässig, wenn der/die Kandidat/in bei der Anfertigung seiner/ihrer ersten Abschlussarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Eine weitere Antragstellung ist ausgeschlossen.
- (5) Die Abschlussarbeit darf nur einmal wiederholt werden.
- (6) Eine bestandene Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden.
- (7) Die gesamte Bachelor-Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine oder mehrere studienbegleitende Prüfungsleistungen oder die schriftliche Abschlussarbeit endgültig nicht bestanden sind.

§ 28 Bescheinigung über Nichtbestehen der Gesamtprüfung

- (1) Hat ein/eine Kandidat/in die Bachelor-Prüfung endgültig nicht bestanden, erteilt das Zentrale Prüfungsamt einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.
- (2) Auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung wird vom Zentralen Prüfungsamt eine Bescheinigung ausgestellt, welche die bis dahin erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten

sowie die für den entsprechenden Prüfungsabschnitt fehlenden Prüfungsleistungen enthält und die erkennen lässt, dass die entsprechende Prüfung endgültig nicht bestanden ist bzw. der Prüfungsanspruch erloschen ist.

V. Schlussbestimmungen

§ 29 Ungültigkeit

- (1) Hat der/die Kandidat/in bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringen getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der/die Kandidat/in hierüber täuschen wollte, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der/die Kandidat/in die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.
- (3) Dem/Der Kandidaten/Kandidatin ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues auszustellen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Bachelor-Urkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund der Täuschungshandlung für nicht bestanden erklärt wird.
- (5) Die Aberkennung des akademischen Grades richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 30 Rechtsmittel

Der/Die Kandidat/in kann gegen die Entscheidungen im Prüfungsverfahren, die einen Verwaltungsakt darstellen, Widerspruch erheben (§§ 68 ff. VwGO). Den Widerspruchsbeschcheid erlässt der Prorektor für Lehre der Universität Konstanz auf Vorschlag des Zentralen Prüfungsausschusses, der hierzu den Prüfungsausschuss für den Bachelor-Studiengang "Wirtschaftswissenschaften" zu hören hat.

§ 31 Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Innerhalb eines Jahres nach Erhalt des Zeugnisses wird Studierenden auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in die Abschlussarbeit und die darauf bezogenen Gutachten sowie im Fall einer mündlichen Abschlussprüfung in das Prüfungsprotokoll gewährt.
- (2) In studienbegleitende Prüfungs- und Studienleistungen und deren Bewertungen sowie in Prüfungsprotokolle zu studienbegleitenden mündlichen Prüfungen kann zu den vom Fachbereich angebotenen Einsichtsterminen sowie nach Absprache mit der Prüfungsperson innerhalb von zwei Jahren, beginnend mit dem Ablauf des Semesters, in dem die Leistung erbracht wurde, Einsicht genommen werden.

§ 32 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt zum 1. Oktober 2006 in Kraft.
- (2) Die Änderung vom 27. Juli 2007 tritt zum 1. Oktober 2007 in Kraft. Sie gilt nicht für Studierende, die zu diesem Zeitpunkt bereits für alle Teile der Abschlussprüfung zugelassen sind.
- (3) Die Änderung vom 14. August 2007 tritt zum 1. Oktober 2007 in Kraft.
- (4) Die Änderungen vom 21. April und vom 22. September 2008 treten zum Wintersemester 2008/2009 in Kraft.
- (5) Die Änderungen vom 11. Dezember 2008 treten rückwirkend zum 1. Oktober 2008 in Kraft. Die Studierenden, die das Bachelorstudium vor dem 01.10.2008 aufgenommen haben, können auf schriftlichen Antrag das Studium im Hinblick auf die Änderungen unter Punkt 1. bzw. 5. nach den bislang geltenden Bestimmungen der Prüfungsordnung in der Fassung vom 10. Juli 2006 (Amtl. Bkm. 33/2006), zuletzt geändert am 22. September 2008 (Amtl. Bkm. 48/2008), fortsetzen. Ein diesbezüglicher Antrag kann bis zum 31.1.2009 beim Ständigen Prüfungsausschuss gestellt werden. Der Antrag muss spezifizieren, welche der beiden genannten Regelungen der alten Prüfungsordnung in Anspruch genommen werden.
- (6) Die Änderungen vom 24. April 2009 treten rückwirkend zum 1. Oktober 2008 in Kraft.
- (7) Die Änderungen vom 4. August 2009 treten zum 1. Oktober 2009 in Kraft.
Für Studierende im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre (Economics), die vor dem 1. Oktober 2007 ihr Studium aufgenommen haben, gilt die Änderung des § 23 Absatz 1 bzgl. der Vertiefungsrichtung B nicht.
Für Studierende im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre (Economics), die vor dem 1. Oktober 2009 ihr Studium aufgenommen haben, gelten die Änderungen der §§ 12, 13 und 18 nicht.
- (8) Die Änderungen vom 10. Mai 2010 treten bzgl. Art. 1 der Änderungssatzung zum 1. April 2010 in Kraft.
- (9) Die Änderungen vom 10. Mai 2010 treten bzgl. Artikel 2 und 3 der Änderungssatzung zum 1. Oktober 2010 in Kraft. Studierende im Bachelorstudiengang Volkswirtschaftslehre (Economics), die ihr Studium zum Wintersemester 2009/2010 aufgenommen haben, können auf Antrag an den Ständigen Prüfungsausschuss ihr Studium nach der geänderten Prüfungsordnung fortsetzen. Der Antrag ist bis zum 1. Dezember 2010 zu stellen. Alle anderen Studierenden setzen ihr Studium nach den bislang für sie geltenden Prüfungsbestimmungen fort.
- (10) Die Änderungen vom 16. August 2011 treten zum 1. Oktober 2011 in Kraft.
- (11) Die Änderungen vom 17. September 2012 treten zum 1. Oktober 2012 in Kraft.
- (12) Die Änderungen vom 12. April 2013 treten zum 1. April 2013 in Kraft.
Studierende, die bereits vor dem 1. April 2013 die Vertiefungsrichtung B gewählt und Veranstaltungen im Wahlpflichtbereich der Vertiefungsrichtung B erfolgreich bestanden haben, können auf Antrag an den Ständigen Prüfungsausschuss im

- 26 -

Bachelorstudiengang Wirtschaftswissenschaften nach der Modulstruktur der Prüfungsordnung in der Fassung vom 10. Juli 2006, zuletzt geändert am 17. September 2012, weiter- studieren.

- (13) Die Änderungen vom 29. September 2015 treten zum 1. Oktober 2015 in Kraft. Sie gelten für Studierende, die zum Wintersemester 2015/16 oder später ihr Studium im 1. Semester aufnehmen. Studierende, die ihr Studium zum Wintersemester 2014/15 im 1. Semester aufgenommen haben, erhalten die Möglichkeit, ihr Studium nach der geänderten Prüfungsordnung fortzusetzen. Sie müssen dazu bis zum 27.04.2016 einen formlosen Antrag stellen. Für Studierende, die ihr Studium vor dem Wintersemester 2014/15 aufgenommen haben, gilt die bisherige Prüfungsordnung.
- (14) Die Änderungen vom 18. Juli 2016, berichtigt am 21. Juli 2016, treten zum 1. Oktober 2016 in Kraft. Studierende, die bereits vor dem 1. Oktober 2016 Veranstaltungen in den Wahlpflichtfächern Sprachwissenschaft (Deutsch), Informatik, Physik oder Sport erfolgreich bestanden haben, setzen ihr Studium nach bislang geltenden Bestimmungen fort. Auf Antrag an den Ständigen Prüfungsausschuss im Bachelorstudiengang Wirtschaftswissenschaften können sie auch nach der geänderten Modulstruktur weiterstudieren.

Anhang

Anmerkung:

Diese Prüfungsordnung wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 33/2006 vom 10. Juli 2006 veröffentlicht.

Die erste Änderung dieser Prüfungsordnung vom 27. Juli 2007 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 60/2007 veröffentlicht.

Die zweite Änderung dieser Prüfungsordnung vom 14. August 2007 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 64/2007 veröffentlicht.

Die dritte Änderung dieser Prüfungsordnung vom 21. April 2008 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 23/2008 veröffentlicht.

Die vierte Änderung dieser Prüfungsordnung vom 22. September 2008 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 48/2008 veröffentlicht.

Die fünfte Änderung dieser Prüfungsordnung vom 11. Dezember 2008 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 58/2008 veröffentlicht.

Die sechste Änderung dieser Prüfungsordnung vom 24. April 2009 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 29/2009 veröffentlicht.

Die siebte Änderung dieser Prüfungsordnung vom 4. August 2009 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 50/2009 veröffentlicht.

Die achte Änderung dieser Prüfungsordnung vom 10. Mai 2010 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 29/2010 veröffentlicht.

Die neunte Änderung dieser Prüfungsordnung vom 16. August 2011 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 68/2011 veröffentlicht.

Die 10. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 8. Februar 2012 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 4/2012 veröffentlicht.

Die 11. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 17. September 2012 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 36/2012 veröffentlicht.

Die 12. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 12. April 2013 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 39/2013 veröffentlicht.

Die 13. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 31. Januar 2014 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 5/2014 veröffentlicht.

Die 14. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 29. September 2015 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 67/2015 veröffentlicht.

Die Berichtigung dieser Prüfungsordnung vom 21. Oktober 2015 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 86/2015 veröffentlicht.

Die 15. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 8. März 2016 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 11/2016 veröffentlicht.

Die 16. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 18. Juli 2016 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 35/2016 veröffentlicht, die Berichtigung dieser Änderung in der Amtlichen Bekanntmachung Nr. 43/2016 vom 21. Juli 2016.

Die 17. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 28. November 2019 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 51/2019 veröffentlicht.

Die 18. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 28. Juli 2022 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 51/2022 veröffentlicht.

Die 19. Änderung dieser Prüfungsordnung vom 28. Juli 2023 wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 68/2023 veröffentlicht.

Anhang

Anhang 1 (Vertiefungsrichtungen)

Pflichtbereiche und Wahlpflichtbereiche gemäß § 23

Vertiefungsrichtung A: Quantitative Ökonomik-Variante kein Praxissemester

Pflichtbereich	Modul: Microeconomics II	9
	Modul: Econometrics I	8
	Modul: Open Economy Macroeconomics <u>oder</u> Modul: Capital Market Theory	6
	Modul: Macroeconomics II	6
	Modul: International Investments and Finance	5
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtangebot lt. Vorlesungsverzeichnis	25
Gesamtsumme ECTS-Credits incl. Praktikum 8 ECTS-Credits		67

Vertiefungsrichtung A: Quantitative Ökonomik-Variante Praxissemester

Pflichtbereich	Modul: Microeconomics II	9
	Modul: Econometrics I	8
	Modul: Open Economy Macroeconomics <u>oder</u> Modul: Capital Market Theory	6
	Modul: Macroeconomics II	6
	Modul: International Investments and Finance	5
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtangebot lt. Vorlesungsverzeichnis	10
Praxissemester		23
Gesamtsumme ECTS-Credits		67

Vertiefungsrichtung B: Wirtschaftspädagogik

Pflichtbereich	<u>Modul: Berufs- und Wirtschaftspädagogik</u> Grundlagen der Berufs- und Wirtschafts-pädagogik I (4 ECTS-Credits) Grundlagen der Berufs- und Wirtschafts-pädagogik II (4 ECTS-Credits)	8
	<u>Modul: Didaktik und Unterrichtspraxis</u> Didaktik I (3 ECTS-Credits) Einführung in die Unterrichtspraxis (3 ECTS-Credits) Fachdidaktik Wirtschaftslehre I (3 ECTS-Credits)	9
	Modul: Privatrecht	3
	Modul: International Investments and Finance	5
	Modul: Grundlagen der Personalwirtschaft	5
	Modul: Econometrics I <u>oder</u> Modul: Personalmanagement + Erziehungswiss. Proseminar	8 (5+3)
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtfach gemäß Anhang 2	16
	(Schulpraktikum gemäß § 10 Absatz 5)	(8)
Gesamtsumme ECTS-Credits incl. Praktikum 8 ECTS-Credits		62 (70)

Vertiefungsrichtung C: Betriebspädagogik

Pflichtbereich:	<u>Modul: Berufs- und Wirtschaftspädagogik</u> Grundlagen der Berufs- und Wirtschafts-pädagogik I (4 ECTS-Credits) Grundlagen der Berufs- und Wirtschafts-pädagogik II (4 ECTS-Credits)	8
	<u>Modul: Didaktik und psychologische Grundlagen des betrieblichen Lernens</u> Didaktik I (3 ECTS-Credits) Psychologische Grundlagen des betrieblichen Lernens (4 ECTS-Credits)	7
	<u>Modul: Betriebspädagogik</u> Betriebspädagogik I (4 ECTS-Credits) Betriebspädagogik II (4 ECTS-Credits) Betriebspädagogik III (4 ECTS-Credits)	12
	Modul: Privatrecht	3
	Modul: International Investments and Finance	5
	Modul: Grundlagen der Personalwirtschaft	5
	Modul: Personalmanagement	5
	Modul: Econometrics I	8
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtangebot lt. Vorlesungsverzeichnis	9
Gesamtsumme ECTS-Credits incl. Praktikum 8 ECTS-Credits		70

Vertiefungsrichtung D: Internationale Finanzökonomik- Variante kein Praxissemester

Pflichtbereich	Modul: Econometrics I	8
	Modul: Open Economy Macroeconomics	6
	Modul: Capital Market Theory	6
	Modul: Monetary Economics	5
	Modul: Advanced Corporate Finance	5
	Modul: Privatrecht	3
	Modul: International Investments and Finance	5
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtangebot lt. Vorlesungsverzeichnis	21
Gesamtsumme ECTS-Credits incl. Praktikum 8 ECTS-Credits		67

Vertiefungsrichtung D: Internationale Finanzökonomik- Variante Praxissemester

Pflichtbereich	Modul: Econometrics I	8
	Modul: Open Economy Macroeconomics	6
	Modul: Capital Market Theory	6
	Modul: Monetary Economics	5
	Modul: Advanced Corporate Finance	5
	Modul: Privatrecht	3
	Modul: International Investments and Finance	5
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtangebot lt. Vorlesungsverzeichnis	6
Praxissemester		23
Gesamtsumme ECTS-Credits		67

Vertiefungsrichtung E: Psychoökonomik

Pflichtbereich	Modul: Microeconomics II	9
	Modul: Introduction to Decision Theory	5
	Modul: Experimental Methods	5
	Modul: Econometrics I	8
	Modul: Sozialpsychologie <ul style="list-style-type: none"> • Sozialpsychologie I (4 ECTS-Credits) • Sozialpsychologie II (4 ECTS-Credits) 	8
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtangebot lt. Vorlesungsverzeichnis	24
Gesamtsumme ECTS- Credits incl. Praktikum 8 ECTS-Credits		67

Vertiefungsrichtung F: Angewandte Ökonomik-Variante Nebenfach

Pflichtbereich	Modul: Privatrecht	3
	Modul: International Investments and Finance	5
	Modul: Marketing Management	5
	Modul: Econometrics I	8
Wahlpflichtbereich	Nebenfach gemäß Anhang 3	41
Gesamtsumme ECTS-Credits incl. Praktikum 8 ECTS-Credits		70

Vertiefungsrichtung F: Angewandte Ökonomik-Variante kein Praxissemester

Pflichtbereich	Modul: Privatrecht	3
	Modul: International Investments and Finance	5
	Modul: Marketing Management	5
	Modul: Econometrics I	8
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtangebot lt. Vorlesungsverzeichnis und Anhang 3	38
Gesamtsumme ECTS-Credits incl. Praktikum 8 ECTS-Credits		67

Vertiefungsrichtung F: Angewandte Ökonomik-Variante Praxissemester

Pflichtbereich	Modul: Privatrecht	3
	Modul: International Investments and Finance	5
	Modul: Marketing Management	5
	Modul: Econometrics I	8
Wahlpflichtbereich	Wahlpflichtangebot lt. Vorlesungsverzeichnis und Anhang 3	23
	Praxissemester	23
Gesamtsumme ECTS-Credits		67

Anhang 2 (Vertiefungsrichtung B)

Modulstruktur der Wahlpflichtfächer

Das konkrete Lehrveranstaltungsangebot ist den jeweiligen Vorlesungsverzeichnissen zu entnehmen.

Mindestcreditzahl: 16 ECTS-Credits gemäß § 23

1. Wahlpflichtfach Politikwissenschaft

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-POL-1	Grundlagen der Politikwissenschaft		
	Vorlesung „Das politische System Deutschlands“	6	5
	Vorlesung „Staats- und Demokratietheorie“	6	6
BA-EB-WPF-POL-2	Methoden der Politikwissenschaft		
	Proseminar I Politikwissenschaft	6	5
Gesamtsumme		18	

2. Wahlpflichtfach Geschichte

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-HIS-1	Neuere Geschichte: Proseminar (mit Tutorium)	9	5
BA-EB-WPF-HIS-2	Neueste Geschichte: Proseminar (mit Tuto-	9	6
Gesamtsumme		1	

3. Wahlpflichtfach Deutsch

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-DEU-1	Sprachwissenschaft I		
	Struktur und Geschichte des Deutschen I	6	5
	Struktur und Geschichte des Deutschen II	6	6
BA-EB-WPF-DEU-2	Literaturwissenschaft I		
	Einführung in die Allgemeine Literaturwissenschaft	6	5
Gesamtsumme		18	

*Kerngebiete Sprachwissenschaft sind: Phonetik; Phonologie; Morphologie; Syntax; Semantik; Pragmatik

4. Wahlpflichtfach Englisch

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-ENG-1**	Sprachwissenschaft I		
	Structure and History of English I	6	5
	Structure and History of English II	6	6
BA-EB-WPF-ENG-2	Literaturwissenschaft I		
	Einführung in die Allgemeine Literaturwissen-	6	5
Gesamtsumme		18	

5. Wahlpflichtfächer Französisch, Italienisch, Spanisch

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-* -1	Sprachwissenschaft I		
	Struktur und Geschichte der romanischen Sprachen	6	5
	Struktur und Geschichte der romanischen Sprachen	6	6
BA-EB-WPF-* -2	Literaturwissenschaft I		
	Einführung in die Allgemeine Literaturwissenschaft	6	5
Gesamtsumme		18	

* Modulcodierung analog in den anderen Sprachen: FRA, ITA, SPA.

6. Wahlpflichtfach Russisch

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-RUS-1	Sprachwissenschaft I		
	Einführung in die Slavische Sprachwissenschaft I	6	5
	Einführung in die Slavische Sprachwissenschaft	6	6
BA-EB-WPF-RUS-2	Literaturwissenschaft I		
	Einführung in die Allgemeine Literaturwissenschaft	6	5
Gesamtsumme		18	

7. Wahlpflichtfach Informatik

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-INF-1	Modul Informatik I		
	Konzepte der Informatik	6	5
	Programmierkurs 1	6	
BA-EB-WPF-INF-2	Modul Informatik II		
	Konzepte der Programmierung	4	6
	Programmierkurs 2	5	
Gesamtsumme		21	

8. Wahlpflichtfach Mathematik

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-MAT-1	Basismodul I		
	Analysis I (AI)*	9	5
	Analysis II (A II)*	9	6
Gesamtsumme		18	

* Alternativ zur Kombination Analysis I (AI) und II (AII) kann die Kombination Lineare Algebra I (BI) (9 ECTS) und II (BII) (9 ECTS) belegt werden.

9. Wahlpflichtfach Physik

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-PHY-1	Basismodul Mathematik für Physiker		
	Mathematik für Physiker I*	8	5
	Mathematik für Physiker II**	8	6
Gesamtsumme		16	

* umfasst Lineare Algebra (Vektorräume, lineare Abbildungen) und Analysis (Folgen und Reihen, Differenzieren und Integrieren in einer Dimension)

** umfasst Lineare Algebra (Determinanten, Eigenwerte, Eigenvektoren) und Analysis (Differenzieren und Integrieren in höheren Dimensionen)

10. Wahlpflichtfach Chemie

Modulcodi-	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-	Allgemeine und Anorganische Chemie		
	Allgemeine Chemie oder Allgemeine Chemie I für Physik- und Nebenfachstudenten	6 oder 7	5/5
	Anorganische Chemie I oder Allgemeine Chemie II für Physik- und Nebenfachstudenten	3 oder 5	5/6
BA-EB-WPF-	Physikalische Chemie		
	Physikalische Chemie I oder Physikalische Chemie II oder Physikalische Chemie I für Life Science	je 7	6/7/6
Gesamtsumme		16/19	

11. Wahlpflichtfach Sport

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-SPO-1	Grundlagen der Sportwissenschaft		
	Vorlesung Pädagogik und Didaktik des Sports	4	5
	Vorlesung Sportanatomie und Sporttraumatologie	4	5
	Vorlesung Sportphysiologie	4	6
BA-EB-WPF-SPO-2	Theorie und Praxis ausgewählter Sportarten und Bewegungsbereiche		
	Eine Sportart (Theorie und Praxis des Sports A)	4	5
Gesamtsumme		16	

12. Wahlpflichtfach Wirtschaftswissenschaften

Modulcodierung	Modulbezeichnung	Credits	Sem.
BA-EB-WPF-WIWI-1	Wirtschaftswissenschaften		
	Marketing Management	5	6
	Advanced Corporate Finance	5	6
	Capital Market Theory	6	5
	Econometrics I *	8	4
	Experimental Methods	5	6
	Introduction to Decision Theory	5	5
	Macroeconomics II	6	6
	Microeconomics II	9	6
	Monetary Economics	5	5/6
	Open Economy Macroeconomics	6	5
	Personalmanagement *	5	6
Gesamtsumme		mindestens 16	

* falls nicht im Pflichtbereich des Vertiefungsstudiums gewählt (siehe § 23 Abs. 3 und 10 sowie Anhang 1)

Anhang 3 (Vertiefungsrichtung F)**Nebenfächer in der Vertiefungsrichtung F im Wahlpflichtbereich****

	ECTS-Credits
Politikwissenschaft	41***
Verwaltungswissenschaft	41
Rechtswissenschaft	41
Informatik	41
Soziologie	41
Philosophie	41
Geschichte	41
British and American Studies	41

** Es gelten die aktuellen Prüfungsbestimmungen der Anlage C zur Prüfungsordnung für die geisteswissenschaftlichen Bachelor-Studiengänge der Universität Konstanz

*** Sollte der Umfang des jeweiligen Nebenfachs unter 41 ECTS-Credits liegen, müssen die fehlenden Credits aus dem Wahlpflichtangebot des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften erbracht werden.